Einzelnummer 10 Pfennig

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und ... / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossen

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition Hüterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Hüterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16—18 Uhr, Sonnabends 13—14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum ... Pfennige, die 1,50 RM. Anzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil ... Hüterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 24. April 1929 — Nummer 95

Kurt Sindermann spricht heute Mittwoch 20 Uhr, im Keglerheim Friedrichstraße für die Liste 5

Kommunisten und Regierungskoalition

Die Regierungsparteien schweigen — Auch Graf Westarp ist mit dem Etat der Müller-Regierung einverstanden

Berlin, 23. 4. 29. (Eig. Bericht.)

In der Dienstagsitzung des Reichstages bekam man einen kleinen Vorgeschmack vom Verlauf der diesjährigen Etatberatung. Als Motto für die Regierungsparteien gilt das schöne Wort: „Reden ist Silber und Schweigen ist Gold!" Natürlich Gold für die Großkapitalisten und Trustbarone.

Auf der Tagesordnung des Reichstages steht zunächst der Gesetzentwurf zur Regelung älterer staatlicher Renten, die als Ausgleich für die Aufgabe landesherrlicher oder standesherrlicher Rechte wegfallen. Dazu sprach für die kommunistische Fraktion

Genosse Maslowski:

Jahrelang sind in Deutschland 2½ Millionen Renten an Standesherren bezahlt worden, was einem Kapital von etwa 70 Millionen entspricht. Ausgerechnet auch in den Zeiten der Inflation sind diese Zahlungen an die degenerierte Adelsclique erfolgt. Die Renten, von denen hier gesprochen wird, sind provozierende Faulenzerrenten. Die Regierung aber ist bereit, das feudale Eigentumsrecht von neuem zu stützen und zu schützen. Die feudalen Herrschaften verjuxen dieses Geld, das von den Werktätigen aufgebracht werden muß. Der vorliegende Gesetzentwurf bietet die Grundlage für das kommende Konkordat. Die Sozialdemokratie plant, eine Milliarde Mark an die Kirche auszuliefern. Die Kommunisten sagen demgegenüber: Keinen Pfennig für die Standesherren, keinen Pfennig für die Kirche!

Es folgt die Beratung über den Etat des Reichspräsidenten, wozu wiederum als einziger Redner der

Genosse Beutling

spricht. Die Reichsarbeiter stehen in einer Lohnbewegung und man sagt ihnen, daß kein Geld für sie da ist. Aber der Reichspräsident bekommt an Gehalt 60 000 Mark plus 120 000 Mark Aufwandsentschädigung. Oder anders ausgedrückt: Hindenburg erhält 500 Mark pro Tag, das ist etwa das Siebzigfache eines qualifizierten Arbeiters. Und wer ist dieser Hindenburg? Er rühmt sich selbst, Mitglied des Nationalverbandes deutscher Offiziere zu sein, der Organisation, die noch heute stolz auf ihre Kaisertreue ist und für die Monarchie kämpft. Und Hindenburg ist auch Ehrenmitglied des Stahlhelms, jener Organisation, die ausgehalten wird von der Großbourgeoisie zur Niederschlagung des revolutionären Proletariats. Wenn Sozialdemokraten und auch Demokraten versuchen, Hindenburg als „überparteilich" hinzustellen, so muß man dazu sagen, Hindenburg ist genau so überparteilich wie Hermann Müller und die übrigen „Köpfe" dieser Regierung. Sie sind die bewußten Schildhalter des deutschen Trustkapitals, und die deutsche Arbeiterklasse wird so lange kämpfen, bis diese Leute von der Bildfläche verschwunden sind.

Inzwischen ist der Reichskanzler und der Finanzminister erschienen, denn es steigt die Debatte über den Etat des Reichskanzlers. Das Wort nahm als erster

Graf Westarp (deutschnat.),

der seinem Erstaunen über die Schweigsamkeit des Reichskanzlers Ausdruck gibt. Westarp fährt dann fort: **Ich begrüße das scharfe Auftreten des preußischen Ministerpräsidenten Braun zu den Pariser Reparationsverhandlungen.** (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Zum Etat der Regierung will ich keine Ausführungen machen und auch kein Mißtrauensvotum einbringen.

Reichskanzler Müller entgegnet kurz, daß er zu den Reparationsverhandlungen keine Stellung nehmen wolle, da die Reichsregierung nicht in die mühselige Arbeit der Bankiers eingreifen wolle.

Für die kommunistische Fraktion spricht

Genosse Stoecker:

Es ist bezeichnend, daß die gesamten Regierungsparteien zu dem letzten Regierungswechsel wie auch über die politische Vereinbarung bei diesem Regierungswechsel sich in völliges Schweigen hüllen. Die bürgerlichen Parteien schweigen, weil sie vollkommen zufrieden mit der politischen Vereinbarung sind, die dabei getroffen worden ist; und die Sozialdemokratie schweigt, um nicht die Arbeiterfeindlichkeit bei dieser Vereinbarung der Arbeiterklasse gegenüber erkennen zu lassen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Wenn ein Unterschied zwischen der Regierung des Bürgerblocks und der jetzigen Regierung festgestellt werden kann, dann nur der, daß:

die Politik Hermann Müllers die konsequente Fortsetzung und daher Verschärfung der Bürgerblockpolitik

gegen die Arbeiterklasse ist. Das zeigt besonders deutlich die Vereinbarung, die beim letzten Regierungswechsel abgeschlossen wurde. Ueber diese Vereinbarung hat der Reichskanzler vollendet geschwiegen. Und auch seine Fraktion schweigt dazu, daß beim Etatkompromiß, woraus die neue Regierung entsprang, 42 Prozent Kürzungen am Sozialetat vorgenommen wurden.

Im Wahlkampf riefen die Sozialdemokraten: Kampf gegen die unsoziale Steuerpolitik der besitzenden Klassen! Und heute führen sie diese unsoziale Klassensteuerpolitik in gesteigertem Maße gegen die Besitzlosen fort.

Damals riefen sie: Senkung der Lohnsteuer. **Durch das Etatkompromiß** jedoch hat man die Lohnsteuer bis 1934 festgelegt und dadurch den Besitzlosen eine weitere Steigerung der Lasten gebracht. Hilferding holt insgesamt **nicht weniger als 531½** Millionen an Mehreinnahmen aus den Taschen der Besitzlosen. Dazu kommen noch 10 Millionen mehr aus der Zuckersteuer, 10 Millionen aus der Tabaksteuer und 6 Millionen aus der Versicherungs- und Lotteriesteuer. Angesichts dieser Tatsache haben die Deutschen Volksparteiler nur zu recht, wenn sie erklären konnten: **Das Kompromiß bedeutet einen Sieg unserer Forderungen von 75 Prozent.** (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Wenn diese Herren schon von 75 Prozent sprechen und das offen erklären, dann sind sie sich vollkommen klar darüber, daß ihre Forderungen auch noch zu 100 Prozent angenommen werden. Daher ja auch die völlige Zufriedenheit der bürgerlichen Regierungsparteien. Und selbst Herr Westarp von den Deutschnationalen fand kein Wort gegen die Etatvorschläge der

Eine Lücke im Strafgesetzentwurf

Der entscheidende Paragraph über die Religionsdelikte gefallen

Berlin, 23. April. (Eig. Drahtbericht.)

Im Strafrechtsausschuß kam es am Dienstag zur Abstimmung über den entscheidenden Religionsschutzparagraphen 180, der dem Gotteslästerungsparagraphen 166 des geltenden Rechts entspricht. Vor der Abstimmung faßte für die Kommunisten der Genosse Maslowski die grundsätzliche Stellungnahme dahin zusammen, daß sich die KPD als eine auf dem Boden marxistischer Weltanschauung stehende Partei in keinem Fall dazu hergeben kann, dem kapitalistischen Staat das Recht des Religionsschutzes gegen das proletarische Freidenkertum zu gewähren. Das entspräche auch der Auffassung, die früher im Erfurter Programm die SPD mit der Forderung der Religion als Privatsache gegenüber dem Staat, und die sogar früher einmal die bürgerlichen Liberalen mit ihrer Forderung der Trennung von Kirche und Staat vertreten haben. Auch einen sozialdemokratischen Antrag, der den § 180 so „verbessern" will, daß nur die Religionslästerung „in gemeiner Absicht" mit einer Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren bestraft werden soll, können Kommunisten ihre Zustimmung nicht geben. Erstens nähme der Klassenrichter ja sowieso an, daß bei Religionsdelikten vom Standpunkt proletarischen Freidenkertums aus stets eine „gemeine Absicht" vorliegt, zweitens hätten die Kommunisten überhaupt keine Ursache, sich positiv an der Gestaltung eines krassen Ausnahmeparagraphen gegen Marxisten und Freidenker zu beteiligen. Das wäre dasselbe, als wenn wir uns an dem Knüpfen einer Schlinge beteiligen würden, an der nur wir allein, die Anhänger einer marxistischen Weltanschauung, gehenkt werden sollen.

Landsberg von der SPD versuchte die Stellungnahme seiner Partei mit der bekannten Theorie von dem kleineren Uebel zu verteidigen. Nur weil der Streichungsantrag keine Aussicht auf Annahme habe, sei eine „Verbesserung" versucht worden. Ihm erwiderte kurz Gen. Maslowski, daß die Sozialdemokraten ja bei einer früheren Abstimmung des § 181, der grundsätzlich nichts anderes als der § 180 fordert, den kommunistischen Streichungsantrag in einer Einheitsfront von Rosenfeld bis zu den Deutschnationalen niedergestimmt haben, also die sozialdemokratische Streichungsabsicht gegenüber § 180 gar nicht ernst genommen werden kann.

Nachdem der Streichungsantrag gegenüber § 180 gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt wird, finden der Reihe nach auch die zahlreichen Aenderungsanträge der verschiedenen Parteien nicht die Mehrheit. Ebenso werden abgelehnt die kommunistischen Anträge auf den Schutz des proletarischen Freidenkertums. Auch die positive Abstimmung über den unveränderten § 180 ergibt Ablehnung. Damit klafft im Strafgesetzentwurf eine entscheidende Lücke.

Zum Schluß wird eine kommunistische Entschließung auf Gleichstellung der Erd- und Feuerbestattung, die zum Paragraph über die Totenruhe beantragt wurde, gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Die Entschließung, die für die Freidenkerorganisationen und die Feuerbestattungsvereine sehr wichtig ist, wäre angenommen worden, wenn sich die Demokraten nicht der Stimme enthalten, sondern dafür gestimmt hätten.

Terror und Frechheit der Unternehmer

Zum Streik der Heizungsmonteure

Seit Montag den 22. April stehen die Dresdner Heizungsmonteure und Installateure im Streik. Ganze 5 Pfennig Lohnerhöhung sollten sie bis Oktober 1930 erhalten. 20 Pfennig war ihre Forderung. Der Streik wurde am Montag geschlossen aufgenommen und alle Bemühungen der Unternehmer, Streikbrecher zu erhalten, scheiterten. Die DMV-Bureaukratie, die bereit war, auswärtigen Firmen das Weiterarbeiten zu gestatten, mußte unter dem Druck der streikenden Monteure ihre Zusage zurückziehen und die Sperre über ganz Dresden verhängen. Am Montagabend kamen die Unternehmer zusammen, um bis 3 Uhr zu beraten. Die Debatten ließen an Heftigkeit nichts zu wünschen übrig und fanden ihren Niederschlag in einem Beschluß, der die Firmen verpflichtet, alle Streikenden zu entlassen, wenn sie bis spätestens Donnerstag den 25. April die Arbeit nicht aufnehmen. Wir veröffentlichen ein solches Schreiben der Unternehmer, das folgenden Wortlaut hat:

Ritzsche & Co.
Inhaber: Ingenieure
Ritzsche, Söhnel und Tauber
Zentralheizungen
Gas- und Wasseranlagen
Dresden-A. 28.

Mitteilung

Herrn .....

Dresden, den 23. 4. 29.
Tharandter Str. 84.

Wir fordern Sie hiermit auf, Ihre Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen. Sollten Sie am

25. d. M. früh 7 Uhr

nicht ordnungsgemäß an der Arbeitsstelle sein, so sind Sie wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung nach § 123 der GO wegen unbefugten Verlassens der Arbeit und beharrlicher Arbeitsverweigerung fristlos entlassen.

Ritzsche & Co.

So viel uns bekannt ist, steht gerade diese Firma in engster Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei, da der eine der Inhaber früher sozialdemokratischer Stadtverordneter war und fast alle Aufträge der Gewerkschaften und des Konsumvereins „Vorwärts" von dieser Firma ausgeführt werden. Die streikenden Heizungsmonteure und Installateure werden sich durch derartige Maßnahmen nicht einschüchtern lassen, sondern im Gegenteil den Herren zeigen, daß der Kampf um die Lohnforderung verstärkt weiter geführt wird. Sehr schlecht sind die Herren überdies mit den Gesetzen vertraut, denn ein Streik stellt nach den Gesetzen keine beharrliche Arbeitsverweigerung nach § 23 der GO dar. Eine Entlassung kann darum auch nicht erfolgen und die Herren werden wohl gezwungen sein, am Ende des Kampfes alle Arbeiter wieder einzustellen, und zwar zu dem Lohn, um den jetzt der Streik geführt wird. Die heute stattfindende Streikversammlung wird zu diesem Schreiben der Unternehmer Stellung nehmen und dementsprechende Beschlüsse fassen.

Die Belegschaft von Orenstein & Koppel gegen den Schandschiedsspruch

Mit 600 gegen 5 Stimmen wird der Schiedsspruch abgelehnt

Berlin, 24. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Belegschaft der Firma Orenstein u. Koppel beschloß gestern in einer Versammlung mit 600 gegen 5 Stimmen die Ablehnung des Schiedsspruches der Berliner Metallindustrie. Die empörten Metallarbeiter wählten eine Kampfleitung und beschlossen, am 1. Mai mit der revolutionären Arbeiterschaft zu demonstrieren. Heute abend findet eine Funktionärversammlung des DMV statt, die zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen wird. Es kann nur eine Parole geben: Ablehnung des Schandspruchs und Aufnahme des Kampfes.

Verhüllung des Fiaskos der Pariser Konferenz

Paris, 24. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die gestrige Sitzung der Sachverständigenkonferenz endete mit der Herausgabe eines Kommuniqués, in dem die Abfassung eines Schlußberichtes angekündigt wird. In dem Kommuniqué heißt es, daß über die Ziffer eine Einigung nicht erzielt werden könnte. Die Richtlinien des Schlußberichts sollen durch einen neuen Unterausschuß festgelegt werden, dem die ersten Delegierten der Vereinigten Staaten, Deutschland, Belgien, Frankreich, England, Italien und Japan angehören. Während der Beschäftigung von Fragen, über die bereits eine Einigung erzielt werden konnte, können von allen Gruppen gleichmäßig Anstrengungen gemacht werden, um auch über die Punkte zu einer Einigung zu gelangen, über die keine Einigung erzielt werden konnte. Dieser Passus dient nur dazu, das Fiasko der Konferenz zu verschleiern. Die gestrige Vollsitzung und die privaten Besprechungen der Delegierten haben gezeigt, daß selbst Verhandlungen über ein Provisorium im gegenwärtigen Augenblick auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen.

Der Matin will erfahren haben, daß der Unterausschuß gestern im Bericht an die Regierungen einen Mehrheitsbericht der Gläubiger und einen Minderheitsbericht der deutschen Delegation ausarbeiten und dem Plenum vorlegen wird. Diese Arbeit soll etwa 2 Wochen in Anspruch nehmen.